

Der Bundesvorstand, der Fraktionsvorstand der SPD im Deutschen Bundestag und die SPD-Bundesminister sowie die SPD-Abgeordneten im Bundestag werden aufgefordert, alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, die auf Initiative des Vorstandes des Spitzenverbandes der Krankenkassen (GKV) und des Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, durchgesetzte Beendigung der staatlichen Finanzierung und die Übergabe der Unabhängigen Patientenberatung an den privatwirtschaftlichen Callcenter-Konzern Sanvartis rückgängig zu machen. Die Maßnahmen sollen ab 1. Januar 2016 umgesetzt werden und müssen im Interesse der Patienten unbedingt verhindert werden.